

nen. Die Union braucht dabei ihren weltanschaulichen Standort, ihr Werteverständnis nicht zu verschieben. Sie braucht und darf das „C“ nicht weiter verwischen. Überlegungen freilich, wie sie z. B. Konrad Kraemer (in KNA vom 7. Oktober) anstellt, die Union müsse nach dem Verlust protestantischer Wählerstimmen im Norden und katholischer im Süden ihre Grundlagen neu festigen, könnte für eine in ihrem Werteverständnis dem Christentum verpflichtete Partei durchaus zwiespältig ausgehen. Die Wähler haben die CDU sicher nicht verlassen und SPD oder vor allem FDP gewählt, weil sie die *christliche Grundlage* in der Union vermißten, sondern weil das *sachpolitische Profil* der Union überlagert war durch ein politisches Sendungsbewußtsein, das zu wenig sachpolitische Differen-

zierung zuließ und dadurch eine klare Darstellung der politischen Zukunftsziele behinderte. Hier wird die Union ansetzen bzw. bereits vorhandene, aber bisher nicht zum Zuge gekommene Ansätze weiterentwickeln müssen. Die Frage ist, wird vor allem die künftige Fraktion im Bundestag, in der von den die Politik der Union wesentlich mittragenden Personen her eine Mentalitätsänderung noch nicht erkennbar wird, dazu bereit und in der Lage sein? Oder brechen zwischen CDU und CSU und in der CDU selbst die alten Querelen und Gegensätze spätestens dann wieder auf, wenn es z. B. um die Formulierung einer am eigenen Programm und nicht in erster Linie nur am politischen Gegner orientierten Außen- oder Gesellschaftspolitik geht?

Thomas Mechtler

Korrumpierung der Politik durch Karrierismus

Zu jüngsten Entwicklungen in Österreich

Die Diskussion um die Grundwerte, die der seinerzeitige Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Josef Taus, in einer Art „Nachziehverfahren“ zur bundesdeutschen Entwicklung auch in Österreich ankurbeln wollte, ist binnen kürzester Zeit ergebnislos versandet. Österreich war nie ein Land der großen Philosophen oder tiefeschürfender Grundsatzdebatten. Nach 1945 kamen noch die Traumata nach den harten ideologischen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit hinzu, die damals zum blutigen Bürgerkrieg führten und die die landläufige Abneigung gegen Ideologie und politische Theorie noch verstärkten.

Seither versucht man in der Alpenrepublik Probleme mit *vorwiegend pragmatischen Methoden* zu lösen, und der Erfolg scheint diesem Weg recht zu geben. Österreich ist ein stabiles Land mit einer außergewöhnlich niedrigen Arbeitslosenrate und wenig Inflation geworden, und erst im Frühjahr 1980 feierte die rot-weiß-rote Republik unter internationaler Beteiligung die Erinnerung an den Abschluß des Staatsvertrages vor 25 Jahren, wobei das Wort von Papst Paul VI., „Österreich sei, eine Insel der Seligen“, allzu oft und unkritisch strapaziert wurde.

Grundsatzfragen aus der Praxis aktuell geworden

Mittlerweile haben sich dunkle Wolken über dieser „Insel der Seligen“ zusammengezogen: Beispiellose Korruptionsskandale, härteste *interne Konflikte in der sozialistischen Regierungspartei*, die seit mehr als zehn Jahren die Alleinverantwortung trägt, und eine Kette von Verhaftungen wegen Korruption, Schmiergeldzahlungen und Steuerhinterziehung in Millionenhöhe erschüttern das Land. Nun plötzlich stellt sich von der politischen Praxis her eine ganze Reihe von Grundsatzfragen, denen man allzu lange

von der Theorie her ausgewichen war: Kann ein Staatswesen existieren, wenn über grundlegende ethische Fragen des Zusammenlebens kein Konsens besteht? Wohin führt der „Kreisky-Sozialismus“ ohne Bindung an bestimmte Werte der politischen Moral? Welche Alternativen haben die anderen politischen Parteien anzubieten? Und welche Position nimmt angesichts dieser Entwicklung die Kirche ein?

Begonnen hat diese plötzliche politische Wendung mit *Enthüllungen über den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses (AKH)* in Wien, das bis 1987 mit einem Kostenaufwand von etwa 5 Milliarden DM fertiggestellt sein soll. Allmählich sickerte durch, daß es beim Bau dieses Monsterprojektes zu krassen Unregelmäßigkeiten gekommen war: Millionen flossen über Briefkastenfirmen in Liechtenstein, die sich phantasiereiche Namen zulegte, an bestimmte Adressen in Österreich zurück, die bis jetzt nur zum Teil ausgeforscht werden konnten. Zum Teil handelt es sich dabei um Schmiergelder großer und sonst angesehener Firmen, die beim AKH-Bau zum Zug kommen wollten, zum anderen Teil wurden offenkundig zum Zweck der Steuerhinterziehung Schwarzgelder in das kleine Fürstentum am Oberrhein transferiert. Ungeklärt ist bis zum heutigen Tag, wieviel von diesen Millionen zur insgeheimen „Parteienfinanzierung“ abgezweigt wurde. Die Verfilzung großer Teile des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens in Österreich mit den beiden großen politischen Parteien läßt den Schluß, daß es viel gewesen sein dürfte, als naheliegend erscheinen, doch konnte er bis jetzt nicht nachgewiesen werden.

Im Zug der AKH-Skandale, die den *Enthüllungsjournalismus* zu immer neuen Fleißaufgaben beflügelten, wurden nacheinander zehn Personen verhaftet. Unter ihnen befand sich ein Direktor der im Auftrag der Gemeinde Wien arbeitenden AKH-Planungsgesellschaft, es wurden aber auch Prokuristen und Direktoren von ITT, Siemens-

Österreich und anderen namhaften Firmen festgenommen, und schließlich wanderte sogar der Präsident der Vereinigung Österreichischer Industrieller, *Fritz Mayer*, ins Gefängnis. Diese spektakuläre Verhaftung weckte sofort den Verdacht eines politischen Ablenkungsmanövers, doch konnte auch dafür noch kein handfester Beweis vorgelegt werden.

In den Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen um all diese Skandale geriet mehr und mehr Österreichs Vizekanzler und Finanzminister *Hannes Androsch*. Er betreibt schon seit vielen Jahren ein Steuerberatungsbüro unter dem Namen „Consultatio“ und behielt auch als Regierungsmitglied diese Tätigkeit bei, was schon in zurückliegenden Jahren wiederholt Kritik in der Öffentlichkeit provoziert hatte. Der Lebensstil und diverse Auffassungen des relativ jungen Vizekanzlers Androsch (42) hatten seit längerem das Mißfallen des Bundeskanzlers *Bruno Kreisky* (70) erregt, der seinen „politischen Ziehsohn“ schon zweimal zur Zurücklegung seiner Regierungsfunktion zwingen wollte. Beide Male waren diese Bemühungen Kreiskys am Widerstand einflußreicher sozialistischer Parteikreise, vor allem der mächtigen Gewerkschaften, gescheitert. Immerhin setzte Kreisky schon vor einiger Zeit eine Treuhandschaft für die Androsch-Firma „Consultatio“ durch, was jedoch das Problem selbst nicht aus der Welt schaffen konnte.

Ein neuer Typ des Karrieristen: Gesellschaftssozialist

Als nun die Skandale rund um den AKH-Bau aufflogen, stellte sich heraus, daß leitende Mitarbeiter der Androsch-Firma und andere Bekannte des Finanzministers in allen möglichen Positionen an den Vorgängen des AKH-Baues beteiligt waren. Tatsächlich hatte Androsch schon seit geraumer Zeit tüchtige, alerte Aufsteiger um sich gesammelt, gut ausgebildete Technokraten, sportiv und flott in ihrem Lebensstil, die es verstanden, viel Geld zu verdienen und auch wieder auszugeben. Ideologisch sind diese „Gesellschaftssozialisten“ kaum präzise zu bestimmen. Die *Traditionen und Moralbegriffe der alten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung* sind für sie vermutlich nur noch in der Vergangenheit angesiedelt, der Sprachschatz der Alt- und der Neomarxisten ist ihnen ein Greuel; mit Religion oder gar Kirche wissen sie in ihrer überwiegenden Mehrheit kaum etwas anzufangen, wenn sie auch gewiß mit ihrem ausgeprägten Sinn für Taktik erfassen, daß es klug ist, sich mit der Kirche nicht frontal anzulegen.

Zu einem Zentrum dieser „Gesellschaftssozialisten“ wurde schon vor etlichen Jahren das traditionsreiche Haus der bekannten K.u.k.-Hofzuckerbäckerei Demel in der Innenstadt von Wien, in dem der Wiener Bürgermeister *Leopold Gratz* den „Club 45“ nach Kräften förderte. Gratz, der neben Androsch lange Zeit als potentieller Nachfolger Bruno Kreiskys galt, wurde Präsident dieses Clubs, in dem bald nicht nur die Parteiführer der SPÖ aus

und ein gingen, sondern der in erster Linie zu einem Treffpunkt ihrer „rosaroten“ Epigonen wurde. Mitglieder des Clubs besetzten in immer stärkerem Ausmaß einflußreiche Positionen im Staat, in der Partei und in der Wirtschaft.

Als der Skandal um den Bau des Allgemeinen Krankenhauses aufflog, befanden sich unter den Verhafteten einige bekannte Club-Funktionäre. Diese Tatsache erregte nicht nur die Öffentlichkeit, sondern in erster Linie viele überzeugte Altsozialisten; und der frühere Bürgermeister von Wien, *Felix Slavik*, sagte in einem Zeitungsinterview ganz unverblümt, die Ursache der Skandale liege in der Freunderlwirtschaft, die in der SPÖ eingerissen und die ihr Zentrum im Club 45 und in der Freimaurerei habe. Diese hat in jüngster Zeit vor allem unter Politikern in Wien und im Medienbereich (das österreichische Fernsehen ist davon besonders betroffen) überraschend große Bedeutung gewonnen.

Bruno Kreisky, der immer eine gute Nase für Stimmungsumschwünge und Meinungstendenzen besaß, versuchte angesichts dieser Lage Hannes Androsch endgültig aus der Regierung hinauszuboxen: Tag für Tag gab der Kanzler Interviews für Zeitungen und für das Fernsehen, in denen er den Rücktritt des Vizekanzlers und Finanzministers als unvermeidlich darstellte. Die Abneigung zwischen den beiden sozialistischen Parteiführern ging so weit, daß der Bundeskanzler im Lauf einer außerordentlichen Parlamentssession im Sommer, in der die Opposition einen Mißtrauensantrag gegen Androsch einbrachte, kein einziges Wort zur Verteidigung seines Regierungskollegen und Parteifreundes aufbrachte. Damit schien der Fall von Hannes Androsch unmittelbar bevorzustehen, der Bundeskanzler teilte schon den Termin des Rücktritts mit, und viele Zeitungen publizierten an diesem Tag Nachrufe auf den Finanzminister, für den nun plötzlich die Wirtschaft ihr Herz entdeckte: Er habe doch, so hieß es jetzt auf einmal, eine insgesamt recht wirtschaftsfreundliche Politik gemacht, und niemand könne wissen, ob nicht jetzt ein „Linksruck“ in der Wirtschaftspolitik folgen würde...

Am Tag des Androsch-Rücktritts wurde das Unglaubliche Ereignis: In der entscheidenden Sitzung der SPÖ-Führung unterlag Bruno Kreisky einer Mehrheit von Bundesländer-Funktionären und Gewerkschaftern, die sich für Androsch aussprachen. Der Bundeskanzler mußte sich mit der recht unverbindlichen Zusicherung seines Finanzministers begnügen, daß er das Problem seiner Firma „Consultatio“ bis Jahresende lösen werde, und Hannes Androsch blieb in Amt und Würden.

Dem alten Taktiker Kreisky gelang aber selbst in dieser für ihn recht unangenehmen Situation eine unerwartete Volte: Er proklamierte *zehn Punkte zur Wiederherstellung der öffentlichen Moral* in Österreich, vergatterte seine Partei auf dieses eher unverbindliche Programm und pries sich damit der breiten Öffentlichkeit als Saubermann und Korruptionsbekämpfer an. Die ÖVP half Kreisky noch indirekt, indem der neue ÖVP-Bundesparteiobermann *Alois Mock* gerade in diesen Tagen eingestand, er habe von ei-

nem nicht gerade sehr gut beleumundeten Kaufmann 10 Millionen Schilling in einem Koffer als Wahlspende übernommen. Als der Kaufmann unmittelbar vor der Verhaftung stand – ebenfalls im Zusammenhang mit Geldtransaktionen via Liechtenstein –, ließ Mock die 10 Millionen wieder zurückgeben, nachdem seine Partei, die über so viel Geld nicht verfügte, einen Kredit aufgenommen hatte. Mit dieser schier unglaublichen Ungeschicklichkeit – man könnte meinen, der ganze Vorgang sei einer primitiven Klamauk-Bühne entnommen – gewann Kreisky wieder Oberwasser, wenngleich er nicht verbergen kann, wie angeschlagen er ist.

Vorwürfe an Kreisky: Politik als Schlaumeiertum

Die *parteilpolitischen Fronten* in Österreich sind so jedenfalls in einer Patt-Stellung festgefahren: Der ÖVP ist es nicht gelungen, aus dem traurigen Zustand der Regierungspartei Kapital zu schlagen, in der die innerparteilichen Rechnungen nach wie vor unbeglichen sind. Der Konflikt zwischen Kreisky und Androsch schwelt weiter. Er wird schon bei nächster Gelegenheit wieder mit voller Wucht ausbrechen und gibt eine Vorstellung, mit welcher Erbitterung der Kampf um die Macht in der Zeit nach Bruno Kreisky geführt werden wird. Einziger vorläufiger Gewinner ist die kleine Freiheitliche Partei, deren neuer Bundesparteiobmann *Norbert Steger* als Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses viel Wind in der Öffentlichkeit zu machen versteht.

Dabei ist auch Norbert Steger ein Politiker, der in den Club 45 recht gut hineinpassen würde: ein Mann des blitzartigen politischen Aufstieges, der sich gegen seine Konkurrenten in der eigenen Partei mit beachtlicher Rücksichtslosigkeit durchsetzte und dessen weltanschauliches Profil im ungewissen bleibt. So erfreulich es ist, daß ein Politiker wie Steger innerhalb der FPÖ mit der antiquierten Deutschtümelei von ehemals bricht, daß er wenig Sympathien für die Denkweise der ‚Ehemaligen‘ zeigt – sein ‚Liberalismus‘ ist bis jetzt eine unbekannte Größe, und über seine Wertvorstellungen gibt es wenig Auskunft. Ganz gewiß verfügt er aber über die ausgeprägte Fähigkeit, seine politischen Chancen und seine taktischen Vorteile geschickt zu nützen, und vor den Fernsehkameras sagt er gut formulierte, publikumswirksame Sätze. Auch innerhalb der ÖVP finden sich vereinzelt Politiker ähnlicher ‚Blutgruppe‘, von denen man den Eindruck gewinnen muß, daß ihnen die eigene Karriere und der Erfolg alles ist, während sie den Inhalten der von ihnen vertretenen Politik weniger Gewicht beimessen. Und obwohl die ÖVP die Nachfolgepartei der alten christlich-sozialen Partei ist, dürfte diesen Politikern das christliche Ethos nicht mehr das bewegende Element ihres politischen Engagements sein. Das böse Wort, daß manche dieser Politiker zwischen den einzelnen Parteien ohne weiteres austauschbar wären, ohne daß dies weiter auffallen würde, macht die Runde.

Bei einer Umfrage unter Schülern an Höheren Schulen in Oberösterreich hielten nur neun Prozent der befragten Burschen die derzeit geübte Politik in Österreich für ehrlich, bei den Mädchen waren es null Prozent. Nur 14 Prozent der jungen Leute hielten österreichische Politik für gerecht. Wenn man ein solches Ergebnis auch nicht überbewerten darf: Es spiegelt eine verbreitete Mißstimmung unter der Jugend wider, die in Kreisen der engagierten und organisierten Minderheiten der Jungen oft schon aggressiven Ausdruck findet. Die sozialistischen Jugendorganisationen tun sich dabei in ihrem Zorn gegen die „neue Klasse“ in ihrer eigenen Partei besonders hervor, aber auch in katholischen Jugendgruppen ist *viel Groll gegen die gegenwärtige politische Praxis* zu beobachten, wobei die aktuellen Vorkommnisse des AKH-Skandals nur als Spitze eines Eisberges beurteilt werden.

Die im November bevorstehenden beiden *Volksbegehren für bzw. gegen die Aufhebung des Atomsperrgesetzes* in Österreich verstärken diese Polarisierung zwischen Jung und Alt noch zusätzlich: Während die Wirtschaft, die Gewerkschaften und die SPÖ-Führung vehement dafür eintreten, daß das Verbot für den Betrieb von Kernkraftwerken in Österreich wieder aufgehoben wird, sind viele Studenten und junge Menschen in allen Parteien und im kirchlichen Raum aus verschiedenartigen Motiven gegen diese Initiative.

Hubert Feichtlbauer, Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung ‚Die Furche‘, hat erst kürzlich mit beachtlicher Zivilcourage auf diese besorgniserregende Polarisierung aufmerksam gemacht. In einem sehr bedenkenswerten Aufsatz in der ‚Furche‘ knüpfte Feichtlbauer an den Folgen einer Volksbefragung in der niederösterreichischen Stadt Mödling an, wo fast 75 Prozent der befragten Bürger die Weiterführung des dortigen Rehabilitationszentrums für einstige Drogenkranke mit der Begründung ablehnten, dieses Zentrum sei eine Gefahr für die Jugend. Gerade die jungen Menschen waren jedoch zu einem hohen Prozentsatz dafür, den Krankgewordenen eine Chance zu geben. In der ‚Furche‘ wurde die prinzipielle Seite dieses Problems hervorgehoben: die Jungen stießen auf das mehrheitliche Nein der mittleren und älteren Generation. Dieser Art der Polarisierung begegnen wir auch in der Kernkraftfrage. Der ‚Dialog‘, der mit ihnen geführt wird, beschränkt sich auf Hinweise wie: ‚eine wachsende Wirtschaft braucht mehr Energie‘. Das heißt: die meisten Gesprächspartner haben bis heute nicht begriffen, worum es dieser Jugend geht. Sie argumentieren an ihr total vorbei. Die Beispielfälle lassen sich fortsetzen: auch in der Frage Waffen- oder Zivildienst, Kriegs- oder Friedensarbeit, Entwicklungshilfe oder Entwicklungspolitik verlaufen die Fronten vor allem zwischen den Generationen und nicht so sehr zwischen den Parteien.

Die Tatsache, daß das Verbot für den Betrieb von Atomkraftwerken in Österreich erst vor zwei Jahren durch eine von Kreisky verlangte Volksabstimmung herbeigeführt wurde, erhöht noch den verbreiteten Grimm und führt auch solche Menschen in die Reihen der Atomgegner, die

aus grundsätzlichen Erwägungen eine willkürliche Manipulation mit plebiszitären Instrumentarien ablehnen. Damit geraten die großen politischen Parteien von zwei Seiten her in das Kreuzfeuer der Kritik, die in einen großen, gemeinsamen Vorwurf mündet: Den Parteiführern wird vorgeworfen, daß sie ihre Grundsätze bedenkenlos der jeweiligen Taktik opfern, wobei die SPÖ als Regierungspartei verständlicherweise besonders unter Beschuß steht, wenn sie auch dank der Unfähigkeit der ÖVP auf Bundesebene noch immer nicht in so akuten Schwierigkeiten ist, wie man dies aufgrund der jüngsten Vorgänge erwarten würde. Vor allem hat die Volkspartei bis heute nicht auf die *Ursachen der Fehlentwicklung* hingewiesen. Ein bekannter Publizist in Österreich, der wegen seiner Objektivität sehr geachtet ist, hat in diesem Zusammenhang dem Bundeskanzler persönlich vorgeworfen, zu dieser Fehlentwicklung maßgeblich beigetragen zu haben: „Es gibt kaum eine relevante Frage, bei der Bruno Kreisky die Dinge nicht schon so und dann wieder ganz anders dargestellt hätte. Und bei allem Respekt vor der subjektiven Ehrlichkeit des Kanzlers muß man doch sagen, daß seine Art und Weise, die Dinge darzustellen, im Lauf der Jahre üble Folgen gezeigt hat: Politik ist im Urteil der Bevölkerung allzusehr in die Nähe des Schlaumeiertums gerückt.“

Innerhalb der SPÖ mehren sich die Stimmen, die vor einer derartigen Tendenz zum politischen „Schlaumeiertum“ warnen. Egon Matzner, Professor an der Technischen Hochschule Wien und Mitverfasser des derzeit gültigen Parteiprogramms der SPÖ, stellte seiner eigenen Partei schon vor dem AKH-Skandal den steilen Fall der schwedischen und englischen Sozialdemokraten als ernste Warnung vor Augen. In der Neuausgabe der „Roten Markierungen“ schrieb Matzner mit deutlicher Spitze gegen Androsch und seine Freunde, die häufige Weigerung von SPÖ-Millionären, über ihr Eigentum öffentlich auszusagen, oder ihre Unfähigkeit, sich an die genaue Höhe ihres Reichtums zu „erinnern“, seien nichts anderes als Ausdruck des Bewußtseins, daß „ihr Einkommen eine Höhe

erreicht hat, die ethisch nicht mehr zu legitimieren ist“. Die Arbeiterbewegung stehe ohne Anziehungs- und Schubkraft da, die vom ethischen Grundsatz der Gleichheit und Gerechtigkeit ausgehe: „Oder kann sich jemand vorstellen, daß ein Parteiführer oder ein Gewerkschaftsfunktionär, dem ein Einkommens- oder Vermögenszuwachs von mehreren Millionen jährlich sicher ist, in den Augen derer, die keine Aussicht haben, sich die Mittel zu beschaffen, um ihr Leben und das ihrer Angehörigen in halbwegs normalen Bahnen fortführen zu können, als Vertreter ihrer Interessen glaubwürdig sind?“ Matzner stellt schließlich fest, daß eine freie und demokratische Gesellschaft ohne Übereinkunft über eine politische Pflichtenlehre nicht möglich sei. Der sozialistische Theoretiker Prof. Norbert Leser, der die Entwicklung in der SPÖ auch schon seit längerem mit Sorge verfolgt, schreibt in dem gleichen Buch, es sei ein bisher nicht gelöster Widerspruch in der sozialdemokratischen Bewegung, daß sie Erhaltung und Mehrung der materiellen Existenz als den Endzweck aller Dinge begreift.

Die ÖVP als große Oppositionspartei hat sich bisher als unfähig erwiesen, angesichts dieses moralischen Debakels plausible Alternativen aufzuzeigen. Im kirchlichen Raum hingegen ist die *unpolitische Grundstimmung* schon so weit vorgeschritten, daß man die Skandale und die ihnen zugrundeliegende Tendenz zum reinen „Karrierismus“ als Naturereignis auffaßt, und viele Katholiken sind in Gefahr, von der Skandalisierung des öffentlichen Lebens noch mehr als bisher abgestoßen und von einem eigenen Engagement abgehalten zu werden. In einzelnen katholischen Gruppierungen glaubt man allerdings die Stunde gekommen, in der man zu einer umfassenden moralischen und gesellschaftlichen Erneuerung beizutragen hat. Dabei beruft man sich interessanterweise auf Polen als Vorbild, wo der Episkopat aufgrund des Versagens des dortigen Regimes und der im Zusammenhang damit bekanntgewordenen Korruptionsfälle zu einer moralischen Erneuerungsbewegung auf breiter Basis aufgerufen hat.

Fritz Csoklich

Interview

Rechenschaft über den Glauben. Zum fundamentaltheologischen Problembewußtsein heute

Ein Gespräch mit Professor Max Seckler

Die katholische Fundamentaltheologie hat ihr Gesicht in den letzten Jahrzehnten gründlich verändert. An die Stelle des traditionellen Traktats sind zahlreiche neue Ansätze getreten, denen es mit recht unterschiedlichen Schwer-

punkten um die Vermittlung zwischen der christlichen Botschaft und der gegenwärtigen Verstehenssituation geht. Auf diesem Hintergrund scheint es angebracht, einmal grundsätzlich die Frage nach den Möglichkeiten vernünf-